

1

2

KW-1 Mehr GRÜN für hier

27 selbstverständlich in unseren GRÜNEN Kommunalwahlprogrammen
28 ein breites programmatisches Spektrum für unsere Wähler*innen
29 abdecken und GRÜNE Antworten und Konzepte für die
30 Entwicklungsperspektiven unserer Städte und Gemeinden anbieten.

31 Im Sinne eines Europa der Regionen ist auch die interkommunale
32 Zusammenarbeit eine große Chance für mehr Effizienz und eine
33 Verbesserung der Qualität von Leistungen. Wir GRÜNE fördern in der
34 Landespolitik die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit,
35 sei es beispielsweise über öffentlich-rechtliche Vereinbarungen oder
36 über die Gründung von Zweckverbänden. Die kommunal verfassten
37 Landschaftsverbände erfüllen zahlreiche überörtliche kommunale
38 Aufgaben und sind wichtige Bindeglieder zwischen den Kommunen.
39 Den Regionalverband Ruhr entwickeln wir durch die Novelle des RVR-
40 Gesetzes als Klammer für die Metropolregion Ruhr weiter.
41 Weitergehenden Bedarf für regionale Kooperationen in NRW werden
42 wir prüfen.

43 Europäische Politik – Kommunale 44 Gestaltungsmöglichkeiten

45 Für viele Menschen ist Europa eine abstrakte Idee und hat mit dem
46 täglichen Leben wenig zu tun. Dabei betreffen die Regeln, die in Brüssel
47 debattiert und beschlossen werden, jeden Einzelnen von uns. Zum
48 Beispiel wenn es um die kommunale Daseinsvorsorge geht. Gerade in
49 diesem Bereich darf das Gemeinwohl nicht einseitig
50 Wettbewerbsgedanken untergeordnet werden. Wir GRÜNE wollen, dass
51 die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und demokratischer
52 Verantwortung bleibt. Für diese Überzeugung sind wir GRÜNEN in den
53 letzten Jahren erfolgreich eingetreten: So sahen die ersten Vorschläge
54 der EU-Kommission zu den sogenannten „Dienstleistungskonzessionen“
55 eine Öffnung des Wassemarktes für private Anbieter vor. Gegen diese

56 Pläne formierte sich eine Europäische Bürgerinitiative, der es mit Hilfe
57 vieler engagierter Menschen und nicht zuletzt mit Hilfe der GRÜNEN
58 im Europäischen Parlament gelungen ist, die „Privatisierung des
59 Wassermarktes“ zu verhindern. Im Ergebnis haben sich Kommission,
60 Rat und Europa-Parlament geeinigt, den Wassersektor aus dieser
61 europäischen Regelung herauszunehmen.

62 Auch andere Versuche einer schleichenden Privatisierung wichtiger
63 öffentlicher Dienstleistungen haben die GRÜNEN auf europäischer
64 Ebene verhindert, so können z. B. Rettungsdienste weiterhin problemlos
65 ohne europaweite Ausschreibungen von gemeinnützigen Organisationen
66 betrieben werden. Zusätzlich haben sich die GRÜNEN beim
67 Vergaberecht erfolgreich gegen eine Fokussierung auf das „Gebot des
68 niedrigsten Preises“ eingesetzt. Bei Auswahlverfahren können
69 Lebenszykluskosten nun ebenso beachtet werden wie ökologische
70 Kriterien, Fair-Trade-Siegel oder – mit gewissen Einschränkungen – die
71 Produktionsmethoden. Auch geschützte Werkstätten, die sich in
72 besonderem Maße der Eingliederung behinderter und benachteiligter
73 Menschen widmen, dürfen bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden.
74 Damit wurden – auch aufgrund des Einsatzes der GRÜNEN im
75 Europäischen Parlament – Freiräume geschaffen, die die Kommunen in
76 den nächsten Jahren nutzen können.

77 Dieser Erfolg darf nicht wieder durch die Hintertür durch das
78 Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA
79 (TTIP) zunichte gemacht werden. Auf dem Spiel stehen nichts weniger
80 als soziale und ökologische Standards, für die wir seit Jahren gerungen
81 haben. Die öffentlichen Dienstleistungen, wie insbesondere die
82 Wasserversorgung, müssen ebenso wie der Agrar- und
83 Lebensmittelsektor sowie die Kultur ausgenommen werden. Wir fordern
84 die Aussetzung der Verhandlungen und einen kompletten Neustart, auf
85 Basis eines transparenten Verfahrens und eines neuen
86 Verhandlungsmandates. Wir GRÜNE werden keinem Abkommen

87 zustimmen, das europäische Standards und die kommunalen
88 Dienstleistungen untergräbt.

89 **Klimaschutz beginnt vor Ort – Energiewende von** 90 **unten**

91 Die Auswirkungen des von Menschen verursachten Klimawandels sind
92 bereits heute spürbar und werden sich in den nächsten Jahren und
93 Jahrzehnten verstärken. Es müssen jetzt konsequent alle Maßnahmen
94 ergriffen werden, um die Folgen des Klimawandels so weit wie möglich
95 beherrschbar zu machen. Der Kampf gegen den Klimawandel und für
96 den Erhalt der Umwelt beginnt vor Ort.

97 NRW ist das erste deutsche Bundesland, das ein Klimaschutzgesetz
98 verabschiedet und damit konkrete Ziele für die Reduktion von
99 Treibhausgasen gesetzt hat. Bundesweit nehmen wir damit eine
100 Vorreiterrolle ein. Bis zum Jahr 2020 wollen wir die CO₂-Emissionen
101 um 25 Prozent (im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990) reduzieren, für
102 das Jahr 2050 liegt unser Ziel bei 80 Prozent. Unter Federführung des
103 GRÜN-geführten Klima- und Umweltministeriums wird in NRW ein
104 Klimaschutzplan mit Maßnahmen erarbeitet, damit diese Ziele auch
105 erreicht werden können. Dabei werden im Rahmen eines breiten und
106 frühzeitigen Beteiligungsverfahrens auch Repräsentanten der Städte und
107 Gemeinden einbezogen. Unsere Ziele erreichen wir nur, wenn
108 Klimaschutz auch in den Kommunen eine zentrale Rolle spielt. GRÜNE
109 Politik setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin Investitionen in die
110 Energiewende vor Ort getätigt werden können und es dafür verlässliche
111 Rahmenbedingungen auf Bundesebene gibt.

112 Das heißt: Bürgerenergiegenossenschaften, die Windparks errichten und
113 betreiben, Solarsparbriefe, Solarkataster, energetische Sanierungen
114 öffentlicher Gebäude bis hin zum Passivhausstandard, LED-

11
115 Straßenbeleuchtung, Solarsiedlungen, Photovoltaikanlagen auf Dächern
116 kommunaler Gebäude und nicht zuletzt der Bau von hocheffizienten
117 Gas- und Dampfturbinenkraftwerken mit Wärmeauskopplung anstatt
118 klimaschädlicher Kohlekraftwerke. Dort wo Kommunen
119 Mitspracherechte in Energieversorgungsunternehmen haben, setzen wir
120 GRÜNE uns vor Ort für einen Kohleausstieg und eine echte
121 Energiewende zu 100% Erneuerbaren ein. Unsere Kommunen in NRW
122 sind europaweite Vorbilder in Sachen Energiewende und damit wichtige
123 Verbündete wenn es darum geht, unsere Klimaschutzziele zu erreichen.
124 Und sie profitieren mit dieser Politik auch ökonomisch, indem
125 Wertschöpfungspotenziale durch Beschäftigung und Gewinne erzielt
126 werden können. Dafür braucht es starke GRÜNE vor Ort, die diese
127 Entwicklung weiter vorantreiben.

128 Investitionen in Klimaschutz sind Zukunftsinvestition: Auch Kommunen
129 im Nothaushalt wird es daher ermöglicht, verstärkt auf Maßnahmen in
130 diesem Bereich zu setzen: Wir setzen uns dafür ein, dass jede Stadt und
131 jede Gemeinde in NRW ein Klimaschutzkonzept erarbeitet. Die
132 Ausgangslage ist gut: Auch mit Unterstützung GRÜNER Politik vor Ort
133 haben bereits 121 Kommunen in NRW ein Klimaschutzkonzept.

134 Vor Ort mobil – für besseren Verkehr

135 Zu einer Energiewende vor Ort gehört auch eine zukunftsgerichtete
136 Mobilitätspolitik. Dafür brauchen die Kommunen in NRW eine
137 Verkehrsinfrastruktur, die klimagerechte und nutzerfreundliche Mobilität
138 auch ermöglicht. Mit dem „Aktionsplan Nahmobilität“ hat die rot-
139 GRÜNE Landesregierung deshalb die Bereiche Fuß- und Radverkehr
140 gestärkt.

141 Schon jetzt nutzen immer mehr Menschen die Möglichkeiten,
142 klimafreundlich unterwegs zu sein. Besonders bei jungen Leuten hat das
143 Auto seine zentrale Rolle eingebüßt. Die Anzahl der unter 30-jährigen,

14
144 die nicht mehr auf ein Verkehrsmittel festgelegt sind, steigt stetig an. Der
145 leicht gestiegene Fahrradverkehrsanteil, der massive Anstieg des Car-
146 Sharings in den letzten 15 Jahren und die kontinuierlich steigenden
147 Fahrgastzahlen im ÖPNV dokumentieren diese Entwicklung. Auch E-
148 Mobilität erfreut sich eines wachsenden Zuspruchs. Damit dieser Trend
149 sich fortsetzt, brauchen wir mehr Platz und Geld für Fuß- und
150 Radverkehr und für Bus und Bahn. Das gilt nicht nur für urbane Zentren,
151 sondern gerade auch für den ländlichen Raum. Egal ob in der Stadt oder
152 auf dem Land: GRÜNE Politik achtet z.B. darauf, dass Baugebieten
153 einen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr bekommen.

154 Allerdings müssen diese Maßnahmen auch bezahlt werden. Für die vom
155 Bund finanzierten Entflechtungsmittel und Regionalisierungsmittel hat
156 die schwarz-rote Bundesregierung keine langfristige Lösung vorgesehen.
157 Im Koalitionsvertrag ist lediglich geregelt, dass sich eine Bund-Länder-
158 Finanzkommission mit der Finanzierungsfrage beschäftigen soll. Auch
159 von den fünf Milliarden, die der Bund für die Verkehrsinfrastruktur in
160 die Hand nehmen will, ist kein Cent für die kommunalen Straßen und
161 Brücken vorgesehen.

162 Für uns GRÜNE ist Infrastruktur ohne zukunftsfähige Versorgung mit
163 schnellen Internetzugängen für alle Menschen nicht vorstellbar. Digitale
164 Teilhabe für Alle zu schaffen, ist eine generationenübergreifende
165 Aufgabe. Den Ländern kommt hierbei insbesondere die Aufgabe zu, die
166 zahlreichen Aktivitäten noch besser zu koordinieren und zu vernetzen.
167 Die Landesregierung hat sich mit einem Runden Tisch Breitbandausbau
168 zur Vernetzung der beteiligten Akteure auf den Weg gemacht. Dieser
169 erste Schritt muss in eine stärkere strategische Steuerung des
170 Breitbandausbaus in NRW führen, insbesondere bei der Verlegung von
171 Leerrohren bei Infrastrukturarbeiten, um später kostengünstige und
172 schnelle Nachrüstungen vornehmen zu können. Wir wollen bereits heute
173 den Grundstein für einen flächendeckenden Glasfaserausbau legen.
174 Ergänzend wollen wir Kommunen bei der Einrichtung freier WLANs

175 unterstützen, indem wir durch unser Engagement auf Bundesebene
176 Rechtssicherheit für ihre Betreiber herstellen und auf regionaler Ebene
177 den Austausch von Best Practice Beispielen vorantreiben.

178 Verantwortung übernehmen für grüne und lebendige 179 Städte

180 Nahmobilität gelingt, wenn die Wege kurz sind. Dafür brauchen wir eine
181 kompakte Siedlungsentwicklung. Infrastrukturfolgekosten und
182 autogerechter Einzelhandel schaden unseren Innenstädten, oft auch den
183 kommunalen Haushalten. Erfolgreiche Kommunen bemühen sich
184 frühzeitig darum Baulücken zu schließen, Brachen zu revitalisieren und
185 Quartiere zu erneuern. Mit der Städtebauförderung, dem Flächenpool
186 NRW, der Allianz für die Fläche und dem Entwurf für den neuen
187 Landesentwicklungsplan unterstützt die rot-GRÜNE Landesregierung
188 die Kommunen hierbei.

189 Mehr GRÜN in der Stadt schafft Lebensqualität. Grünflächen und grüne
190 Fassaden kühlen die Stadt an heißen Sommertagen, fangen Starkregen
191 auf, filtern Stäube und sind Orte der Erholung. Nicht nur mit Mitteln der
192 Städtebauförderung unterstützt die rot-GRÜNE Landesregierung grüne
193 Flächen in der Stadt. Beispielsweise über die Landschaftsplanung, das
194 Ökologischen Programm Emscher-Lippe oder KlimaPlus werden grüne
195 Lungen gefördert. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie macht
196 innerstädtische Wasserläufe als blaue und grüne Bänder der Artenvielfalt
197 und lebendiges Naturerbe wieder erlebbar. Mit strategischen Grün- und
198 Freiraumplanungen und ökologischen Pflegekonzepten können sie viel
199 für die Lebensqualität und die biologische Vielfalt tun. Urban Gardening
200 zeigt, dass die Menschen hierbei mitwirken wollen.

201 Die Grüne Stadt ist inklusiv. Wir haben auf Landesebene gegen soziale
202 Spaltung durch steigende Mietpreise gehandelt. Die Förderkonditionen

20
203 für Sozialwohnungen sind deutlich verbessert. Beim Verkauf von
204 Landesgrundstücken haben wir einen durch eine Quote gesicherten
205 Zugriff für geförderten Wohnraum und für Baugruppen möglich
206 gemacht. Die Mietpreisbremse des Bundes haben wir in Nordrhein-
207 Westfalen rasch umgesetzt. Kommunen können wieder Satzungen gegen
208 die Zweckentfremdung von Wohnraum erlassen. Zu unserer Wohnungs-
209 und Stadtentwicklungspolitik für wachsende und schrumpfende Städte
210 gehört auch das Quartier: Integrierte Entwicklungskonzepte, Baukultur,
211 Pflege- und Einzelhandelsangebote im Viertel gehören dazu, um sie
212 sozial- und generationengerecht sowie nachhaltig attraktiv zu machen.

213 Für die Energiewende brauchen wir mehr Anstrengung bei der
214 energetischen Sanierung. Intensive Beratung und dezentrale
215 Energieversorgung können dabei viel bewirken für eine klimaneutrale
216 Zukunft in den Kommunen - ohne steigende 2. Miete.

217 Eine vielfältige Gesellschaft braucht Platz, den alle gesellschaftlichen
218 Gruppen nutzen und mitgestalten können. Bei der Nutzung öffentlichen
219 Raumes kommt es allerdings immer wieder zu Konflikten. Oft reagieren
220 die kommunalen Verwaltungen mit einseitigen Verboten (z.B Alkohol-
221 und Skateverboten), die Probleme nicht lösen, sondern lediglich
222 verlagern. Wir wollen stattdessen eine Kultur der gegenseitigen
223 Rücksichtnahme etablieren.

224 **Kommunale Finanzen – Gemeinsame Verantwortung**

225 Betreuungsangebote für Kinder, gute Schulen, Mobilität für alle
226 Bürgerinnen und Bürger durch eine gute Verkehrsinfrastruktur, ein
227 spannendes Kulturangebot, ausreichende Grünflächen und
228 Naherholungsangebote – das sind Eckpfeiler, die die Lebensqualität in
229 Städten und Gemeinden ausmachen. Unser Ziel sind deshalb starke und

23
230 handlungsfähige Kommunen, die genug Geld für die Aufgaben der
231 kommunalen Selbstverwaltung in der Kasse haben.

232 Doch viele Städte und Gemeinden befinden sich nach wie vor in einer
233 schwierigen finanziellen Situation. In NRW gibt es zwar einige „reiche“
234 Städte und Gemeinden – gleichzeitig stehen aber leider immer noch
235 viele Kommunen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Das statistische
236 Landesamt hat ausgerechnet, dass die kurzfristigen Kassenkredite der
237 Kommunen in NRW zum Ende des Jahres 2012 eine Höhe von rund
238 23,7 Milliarden Euro (1 329 Euro je Einwohner*in) erreicht
239 hatten. Auch die langfristigeren Investitionskredite der NRW-
240 Kommunen summierten sich Ende 2012 auf 22,7 Milliarden Euro (1 272
241 Euro je Einwohner*in). Für die Politikerinnen und Politiker vor Ort
242 bedeutet diese finanzielle Lage eine enorme Herausforderung und eine
243 Begrenzung des Gestaltungsspielraums.

244 In der Regierungszeit von Union und FDP im Bund gab es wenig
245 Unterstützung für die notleidenden Kommunen. Im Gegenteil: Zentrale
246 Gesetzesinitiativen der schwarz-gelben Bundesregierung, wie etwa das
247 Wachstumsbeschleunigungsgesetz, haben die kommunalen
248 Steuereinnahmen zusätzlich gesenkt. Insgesamt entzogen schwarz-gelbe
249 Steuergesetze den Kommunen deutschlandweit zwischen 2010 und 2013
250 ca. 5,2 Milliarden Euro. Ganz bewusst hat die damalige
251 Bundesregierung die Notlage der Kommunen heruntergespielt: Der
252 exzessive Anstieg der Kassenkredite in den letzten zehn Jahren wurde
253 mit dem Hinweis, es handele sich um kein flächendeckendes Problem,
254 abgetan.

255 Auch von der Großen Koalition können die Kommunen kurzfristig eher
256 wenig Hilfe erwarten: Obwohl bereits die alte schwarz-gelbe
257 Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zum Stabilitätspakt den
258 Kommunen eine Entlastung von bundesweit rund fünf Mrd. Euro
259 zugesagt hatte, bleibt der Zeitpunkt der Umsetzung durch die neue

260 Regierung weiterhin offen. Unsere Städte und Gemeinden warten
261 angesichts ihrer angespannten Haushaltslage dringend auf ein deutliches
262 und klares Signal aus Berlin. Insbesondere die steigenden Kosten der
263 sozialen Sicherung wie die Eingliederungshilfe für Menschen mit
264 Behinderungen und die Kosten der Unterkunft für ALG II
265 Empfänger*innen sind durch die Kommunen wenig zu beeinflussen.

266 Seit der Regierungsübernahme 2010 hat die Sanierung der
267 Kommunalfinanzen für die rot-GRÜNE Landesregierung hohe Priorität.
268 Die Kommunen werden nicht mehr zur Konsolidierung des
269 Landeshaushalts herangezogen. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass die
270 Städte und Gemeinde wieder angemessen an der Grunderwerbssteuer
271 beteiligt werden. Durch diese Maßnahmen erhalten die Kommunen seit
272 2010 pro Jahr zwischen 300 und 393 Millionen Euro zusätzlich. Darüber
273 hinaus hat das Gemeindefinanzierungsgesetz (GfG) im Jahr 2014 mit 9,4
274 Milliarden Euro die höchste Finanzausgleichsmasse, die es je in NRW
275 gegeben hat.

276 Des Weiteren hat das Land NRW vier Milliarden Euro eingeplant, die
277 zwischen 2011 und 2020 über den Stärkungspakt Stadtfinanzen an
278 Kommunen in besonders prekärer Lage ausgezahlt werden. Kommunen
279 mit im Landesvergleich überdurchschnittlichem Steueraufkommen
280 leisten ebenfalls einen Beitrag: Insgesamt hat der Stärkungspakt ein
281 Volumen von 5,6 Milliarden Euro – wobei das Land einen deutlich
282 größeren Anteil übernommen hat als ursprünglich geplant.

283 Damit konnten die Probleme in den notleidenden Kommunen nicht
284 vollständig gelöst werden – aber Rot-GRÜN in NRW hat trotz
285 angespannter Haushaltslage Verantwortung übernommen und den
286 Kommunen dabei geholfen, Gestaltungsspielräume wieder
287 zurückzugewinnen. Diese nachhaltige Finanzpolitik unterstützen unsere
288 GRÜNEN Fraktionen in den Rathäusern und Kreistagen.

289 Gute Bildung von Anfang an

290 Gute Bildung und Betreuung von Kindern ist der Schlüssel für die
291 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen wir beste
292 Bildungsangebote und Chancen für alle Kinder.

293 Auch in anderen Bereichen hat sich seit 2010 die Ausgangslage für die
294 Kommunen verbessert. Beim Kita-Ausbau haben wir die erste
295 Zielmarke bereits erreicht: Seit August 2013 kann für jedes dritte Kind
296 unter drei Jahren in NRW ein Betreuungsplatz angeboten werden – die
297 Umsetzung des Rechtsanspruchs auf U3-Betreuung konnte somit
298 erfolgen. Diese Zielmarke konnten wir aber nur schaffen, weil die
299 Kommunen inzwischen auch die Bundesmittel für den Betrieb von Kitas
300 erhalten, die von der schwarz-gelben Landesregierung noch in den
301 Landeshaushalt umgeleitet wurden. Von 2010 bis 2013 sind unter Rot-
302 Grün die Landesausgaben für eine bedarfsgerechte und hochwertige
303 Kindertagesbetreuung um über 50% erhöht worden.

304 Damit der qualitative Ausbau der Kita-Betreuung – beispielsweise beim
305 Betreuungsschlüssel – nun fortschreiten kann, ist es notwendig, dass
306 weiterhin Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Gefahr, dass
307 allein Kommunen und das Land für die Personalausstattung, Qualität
308 und Qualifikation die Zeche zahlen sollen, ist absehbar, denn der im
309 schwarz-roten Koalitionsvertrag vorgesehene Betrag von 250 Mio. Euro
310 jährlich bleibt weit hinter dem tatsächlichen Finanzbedarf zurück.

311 Auch wenn der Rechtsanspruch durch die finanzielle Kraftanstrengung
312 von Land und Kommunen umgesetzt ist, bleibt noch viel zu tun, um
313 allen Kindern eine bestmögliche frühkindliche Bildung zu ermöglichen.

314 Auf Landesebene werden wir deshalb im Zuge einer erneuten Reform
315 des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) dafür Sorge tragen, dass es endlich
316 eine konkrete und handfeste Definition des Begriffes frühkindliche

32
317 Bildung gibt, die wir im Anschluss mit Leben füllen wollen. Wir werden
318 es ermöglichen, dass in Kitas zukünftig multiprofessionelle Teams
319 arbeiten und durch überjährige Zuschüsse eine längere Budgetplanung
320 möglich wird – nur so können Kitas auch an neueingestellte
321 Erzieherinnen und Erzieher unbefristete Arbeitsverträge vergeben.

322 Durch die Begrenzung der Schließzeit der Kitas auf 30 Tage im Jahr,
323 eine Übergangsregelung für den Zeitraum zwischen Kita und
324 Grundschule und die Einführung der Übermittagsbetreuung als Regelfall
325 sorgen wir zudem dafür, dass Kindertagesstätten zukünftig einen noch
326 größeren Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten.

327 Einen entscheidenden Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten wir
328 aber auch dadurch, dass wir durch einen Zuschlag für Kindertagesstätten
329 mit besonders vielen Kindern mit Eltern im SGBII-Bezug dafür Sorge
330 tragen, Ungerechtigkeiten direkt vor Ort zu bekämpfen.

331 Gute Schule ist Standortfaktor für Familien und Unternehmen, sie gehört
332 zu lebendigen Gemeinden und Stadtvierteln dazu. Mit dem von uns
333 GRÜNEN vorangebrachten Schulkonsens haben wir unseren
334 Kommunen die Möglichkeit gegeben, leistungsstarke Schulen vor Ort zu
335 erhalten und damit die ihre Attraktivität zu sichern.

336 Mit unserem Grundschulkonzept behält der Satz „kurze Beine, kurze
337 Wege“ seinen Sinn. Mit den neuen Schulen des längeren gemeinsamen
338 Lernens können sich jetzt alle Kommunen für eine Schulform zu
339 entscheiden, die den Bildungsweg unserer Kinder und Jugendlichen
340 länger offen lässt. Der Erfolg gibt uns Recht: Bisher sind im ganzen
341 Land 155 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens gegründet
342 worden, darunter 84 Sekundarschulen und 58 Gesamtschulen. Wir
343 GRÜNE wollen diese Schulentwicklung weiter intensiv begleiten.

344 Mitbestimmung – Mehr als ein Kreuz auf dem 345 Stimmzettel

346 Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und
347 beginnt vor Ort. Wir wollen Beteiligung und Mitbestimmung verbessern
348 und erreichen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt aktiv mitgestalten
349 können.

350 Mit einem ersten Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung hat die Rot-
351 GRÜNE Landesregierung deshalb für eine Verbesserung der
352 Möglichkeiten direkter Demokratie in den Kommunen gesorgt. Ein
353 zentrales Element der Gesetzesänderung war die Absenkung des
354 Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheiden auf 15 Prozent (bei
355 Kommunen über 50.000 Einwohnern) und auf zehn Prozent (bei Städten
356 und Kreisen mit mehr als 100.000 Einwohnern).

357 GRÜNE Politik vor Ort steht für Beteiligung und Mitbestimmung.
358 Zentrale Elemente des GRÜNEN Politikverständnisses sind der Dialog
359 mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Einsatz für transparentes
360 Verwaltungshandeln. Zudem sprechen wir uns für die Organisation von
361 Kinder- und Jugendparlamenten aus und unterstützen die Wahlen von
362 Integrationsräten. Grundsätzlich wollen wir jedoch das aktive
363 kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, die ihren
364 Lebensmittelpunkt in der jeweiligen Kommune haben. Wir setzen auf
365 die Mitwirkung von Anfang an bei kommunalen Projekten – denn wo
366 kann man ausgewiesener Planerinnen und Planer finden, als bei den
367 Menschen, die in der Gemeinde leben?

368 Wir wollen dass der digitale Wandel auch Antrieb für mehr Transparenz
369 und Mitbestimmung ist. Die Digitalisierung ermöglicht besonders auf
370 kommunaler Ebene neue Formen des demokratischen Zusammenlebens.
371 Wir GRÜNE stehen für eine flächendeckende Implementierung von

38
372 Open Data, also der Bereitstellung aller Daten und Informationen der
373 Verwaltung (wie z.B. Verträge, Sitzungsprotokolle etc.) in
374 maschinenlesbaren Formaten zur freien Weiternutzung, gerade auch auf
375 kommunaler Ebene. Wir stehen für den Paradigmenwechsel von der
376 Holschuld der Bürger*innen zur Bringschuld der Verwaltung.
377 Verwaltungen sollen nicht mehr fragen, warum Daten und Informationen
378 veröffentlicht werden sollen, sondern begründen müssen, warum sie der
379 Öffentlichkeit Daten nicht zur Verfügung stellen. Wir wollen die
380 Kommunen in NRW bei der Entwicklung von Open Government
381 Strategien unterstützen und den Ausbau der digitalen Serviceangebote
382 beschleunigen.“

383 Vielfalt leben

384 In unsere Kommunen leben Menschen unterschiedlichen Alters,
385 Geschlechts, Herkunft und sexueller Identität mit vielfältigen Interessen
386 und Bedürfnissen zusammen. Wir möchten, dass unsere Städte und
387 Gemeinden ein lebenswerter Raum für alle Menschen sind. Die Vielfalt
388 ist dabei zugleich Herausforderung und Stärke unserer Kommunen.

389 In den letzten Jahrzehnten hat sich NRW angesichts des
390 demographischen Wandels verändert. Betrachtet man die reinen
391 Einwohnerzahlen, so lassen sich sowohl Wachstums- als auch
392 Schrumpfungsprozesse erkennen. Während es im Westmünsterland und
393 weiten Teilen des Rheinlandes zum Teil zu einem deutlichen
394 Bevölkerungswachstum gekommen ist, schrumpfen gleichzeitig das
395 Ruhrgebiet, das Bergische Land und auch Südwestfalen. Dabei sind die
396 Wanderungsprozesse keinesfalls gleichmäßig: Manche Regionen, Städte
397 oder auch städtische Quartiere verlieren besonders jüngere und
398 qualifizierte Personen. Daraus resultiert eine Beschleunigung des
399 gesellschaftlichen Alterungsprozesses und vielerorts auch
400 Fachkräftemangel, z.B. in der Pflege und Gesundheitsversorgung, der
401 grundlegende strukturelle Veränderungen notwendig macht.

41
402 Auch durch den Zuzug von Menschen aus europäischen und
403 nichteuropäischen Ländern erwachsen neue Herausforderungen.
404 Während Politiker von CSU, FDP oder AFD populistisch vor
405 „Armutsmigration“ warnen und über die Ausweisung „nicht-
406 integrationswilliger“ EU-Ausländer*innen schwadronieren, wollen wir
407 da, wo es Probleme gibt, mit Integrationsangeboten jedem Zuwanderer
408 und jeder Zuwanderin eine Chance geben. Nordrhein-Westfalen ist ein
409 traditionelles Einwanderungsland und hat davon profitiert: Mehr als ein
410 Viertel der Menschen hier hat einen Migrationshintergrund. Vor Ort
411 wollen wir die Integrationskonzepte (weiter-)entwickeln. Dazu gehören
412 für uns Menschen mit und ohne festen Aufenthaltsstatus. Das beinhaltet
413 sowohl die Öffnung von Integrationskursen als auch die dezentrale
414 Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen und die Abkehr vom
415 Sachleistungsprinzips für Flüchtlinge. Im Jahr 2014 finden zum ersten
416 Mal die Wahlen der Integrationsräte zeitgleich mit den
417 Kommunalwahlen statt, damit sorgen wir ganz konkret für mehr
418 Augenhöhe bei der Mitbestimmung.

419 Gerade dort, wo die Bevölkerung schrumpft und älter wird, muss die
420 Politik vor Ort Konzepte entwickeln, um den Lebensraum für junge
421 Leute wieder attraktiv zu gestalten und um für die Älteren eine
422 Versorgung im Quartier zu ermöglichen. Dabei geht es nicht nur um
423 ortsnahe Arbeitsplätze. Im ländlichen Raum kann z.B. die Frage, wie oft
424 am Tag der Bus fährt, welches Schulangebot vor Ort vorgehalten wird,
425 ob eine wohnortnahe hausärztliche Versorgung gewährleistet ist oder ob
426 es Einkaufsmöglichkeiten im Ort gibt, eine entscheidende Bedeutung für
427 die Attraktivität eines Wohnortes haben. Wir haben begriffen, das
428 Wohnkonzepte, die im Stadtteil professionelle Hilfe,
429 Nachbarschaftsarbeit und soziale Netze verbinden, der beste Weg sind,
430 uns auf eine alternde Gesellschaft einzustellen. Unser Ziel ist es, den
431 Menschen auch im Alter ein hohes Maß an Selbstbestimmung zu
432 ermöglichen und die dafür notwendige Unterstützung zu gewährleisten.
433 Durch Quartierskonzepte, die Förderung sozialen Wohnungsbaus, neue

434 Mobilitätsstrategien und vielen anderen Maßnahmen streben wir
435 pragmatische Lösungen an, um mit den vielfältigen Aspekten der
436 gesellschaftlichen Veränderungen umzugehen.

437 Leider müssen wir erleben, dass sich die Verhältnisse nicht immer zum
438 Besseren entwickeln und erkämpfte gesellschaftliche Freiheiten immer
439 wieder verteidigt werden müssen. Deshalb setzen wir uns für queere
440 Projekten in den Kommunen ein und verhindern, dass entsprechende
441 Mittel gekürzt oder gestrichen werden. Respekt, Gleichberechtigung und
442 Emanzipation müssen auf allen Ebenen erstritten und verteidigt werden.

443 Dies gilt auch für die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft. In zu
444 vielen Kommunen gibt es zu wenig Mittel für die Strukturen zur
445 Frauenförderung und zu wenig Interesse in den Räten für das Thema
446 Gleichberechtigung. Wir wollen dieses wichtige Thema deshalb noch
447 stärker als Querschnittsaufgabe verankern und in den Fokus rücken. In
448 den kommunalen Unternehmen muss der erschreckend geringe
449 Frauenanteil in den Führungsebenen deutlich steigen. Deshalb wollen
450 wir das Landesgleichstellungsgesetz durchsetzungsstärker gestalten.

451 Inklusion ist ein Menschenrecht und steht für eine Gesellschaft, die
452 Teilhabe für alle garantiert und Barrieren und Diskriminierungen abbaut.
453 Unter mangelnder Inklusion leiden heute vor allem Menschen mit
454 Behinderungen, denen in vielen Lebensbereichen ein selbstbestimmtes
455 Leben nicht ermöglicht wird. In NRW leben rund 2,6 Millionen
456 Menschen mit einer Behinderung. Mit dem Inklusionsplan "NRW
457 inklusiv" haben wir über 100 Einzelmaßnahmen aufgelistet, die zur
458 Umsetzung anstehen.

459 In den Städten und Gemeinden übernehmen wir Grüne seit langem
460 Verantwortung für die Umsetzung der UN-Konvention als
461 völkerrechtliche Verpflichtung, um mehr Freiheit für jene zu
462 ermöglichen, die die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen.

463 Besonders in den Bereichen Bildung, Wohnen, berufliche Teilhabe und
464 Eingliederungshilfe gibt es noch viel zu tun. Hierbei geht es um einen
465 Paradigmenwechsel, durch den alte Strukturen durch neue, inklusive
466 Formen ersetzt werden sollen. Um einen erfolgreichen Ausbau
467 ambulanter Wohnformen durch GRÜNE Politik in den Kommunen und
468 Landschaftsverbänden fortzusetzen und das selbstständige Wohnen und
469 Leben zu ermöglichen, muss der Kostenvorbehalt im Sozialhilferecht
470 gestrichen werden. All dies soll in einem eigenständigen Bundes-
471 Teilhabegesetz verankert werden, für das sich GRÜNE auf Landes- und
472 Bundesebene einsetzen.

473 Im Bereich Bildung ist der frühkindliche Bereich mit seinen Angeboten
474 relativ weit entwickelt, deckt aber den vorhandenen Bedarf noch nicht
475 ab. Das gemeinsame Lernen, das in vielen Teilen unseres Landes seit
476 über 30 Jahren gelebt wird, soll Schritt für Schritt wachsen. Wir sind
477 überzeugt, dass inklusive Schulen gut für alle Kinder sind und haben den
478 Rechtsanspruch auf Inklusion in der Regelschule verankert, um
479 Schulträgern und vor allem den Eltern Rechtsklarheit zu geben. Jetzt
480 geht es darum, eine gute Qualität in den inklusiven Schulen zu
481 gewährleisten und den Rechtsanspruch zum Erfolg zu führen.